



# Rathaus Umschau

**Montag, 25. November 2013**

Ausgabe 224

[muenchen.de/ru](http://muenchen.de/ru)

## Inhaltsverzeichnis

<b>Terminhinweise</b>	<b>2</b>
<b>Bürgerangelegenheiten</b>	<b>3</b>
<b>Meldungen</b>	<b>4</b>
› Bei Wohnungsleerstand: OB besteht auf kurzfristiger Belegung	4
› Am Mittwoch: Stadtrats-Vollversammlung live im Internet	4
› Ausstellung „Hermann Landshoff“ im Stadtmuseum	5
› Niederländischer Filmabend in der Stadtbibliothek Am Gasteig	6
› Kinder-Weihnachtsprogramm in der Stadtteilbibliothek Maxvorstadt	6
<b>Antworten auf Stadtratsanfragen</b>	<b>7</b>
<b>Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat</b>	
<b>Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften</b>	

# Terminhinweise

Wiederholung

## **Dienstag, 26. November, 11 Uhr, Grütznerstube im Rathaus**

Wie sich das Münchner Stadtklima der Zukunft entwickeln wird, untersuchen der Deutsche Wetterdienst (DWD) und das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) seit 2012 in einer gemeinsamen Studie. Ein erstes Zwischenergebnis stellen Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, und Tobias Fuchs, Leiter der Abteilung Klima- und Umweltberatung des DWD, bei einer Pressekonferenz vor. In der Studie wird die Bedeutung der Gebirgswinde für München erklärt. Auf dem Termin wird auch ein Messgerät gezeigt, das bei der Studie eingesetzt und bei klimatischen Spaziergängen auf der Schulter getragen wird.

**Achtung Redaktionen:** Kurz vor der Pressekonferenz findet ein Fototermin mit den beiden Rednern statt. Auch das Messegerät kann abgelichtet werden.

## **Donnerstag, 28. November, 11 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal**

Die gemeinnützige Münchner Organisation „Die Umwelt-Akademie e.V.“ wird als offizielles Projekt der „UN-Dekade Biologische Vielfalt“ gewürdigt. Die Auszeichnung in Form einer Urkunde wird von Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, an Dr. Nico Döring in seiner Funktion als Mitglied des Vorstands der Umwelt-Akademie und Projektleiter des Themenschwerpunktes „Biodiversität“ übergeben. Der Preis wird an Projekte verliehen, die sich auf vorbildliche Weise für die Erhaltung der biologischen Vielfalt einsetzen. Die Auszeichnung zum UN-Dekade-Projekt findet im Rahmen der Aktivitäten zur UN-Dekade Biologische Vielfalt statt, die von den Vereinten Nationen für den Zeitraum von 2011 bis 2020 ausgerufen wurde. Ziel der internationalen Dekade ist es, den weltweiten Rückgang der biologischen Vielfalt aufzuhalten.

## **Donnerstag, 28. November, 11.30 Uhr, Baustelle Möhlstraße 14**

Die Stiftung „Wir helfen München“ unterstützt den Bau der jüdischen Kinderkrippe mit 250.000 Euro. Zur Scheckübergabe sprechen Oberbürgermeister Christian Ude, Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, und Harald Strötgen von der Stadtparkasse München als Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Wir helfen München“.



**Donnerstag, 28. November, 18.30 Uhr, Saal des Alten Rathauses**

Bürgermeister Hep Monatzeder spricht Grußworte zum ersten Jahresempfang des Münchner Muslimrates. Der Muslimrat vertritt seit zehn Jahren die kommunalen Belange des Großteils muslimischer Gruppen in der Stadt. Er fungiert als Mittler und Brückenbauer zwischen muslimischen Religionsgemeinschaften und der Verwaltung. Zum Jahresempfang unter dem Motto „Begegnen und Kennenlernen“ sind Gäste aus Politik, Religionsgemeinschaften, Verwaltung, Verbänden und Initiativen eingeladen. Insbesondere die muslimischen Vereine wurden ermuntert, ihre nicht-muslimischen Partner zu dem Empfang einzuladen, um den interreligiösen und interkulturellen Austausch weiter zu befördern. Die Gäste erwarten Programmpunkte wie die Ausstellung „Meine Moschee von nebenan“, der Kinderchor „Mondschein“ und ein Bericht der Münchner Kammerspiele über ihr Projekt „Urban Prayers“.

**Donnerstag, 28. November, 19 Uhr,  
Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1**

Zur Eröffnung der Ausstellung „Hermann Landshoff – eine Retrospektive. Photographien 1930 – 1970“ sprechen Dr. Isabella Fehle, Direktorin des Münchner Stadtmuseums, Stadtrat Michael Leonhart (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters, Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Dr. Ulrich Pohlmann, Leiter der Sammlung Fotografie, und Andreas Landshoff, Nachfahre der Familie.

*(Siehe auch unter Meldungen)*

**Achtung Redaktionen:** Pressevorbesichtigung am Donnerstag, 28. November, um 11 Uhr

## **Bürgerangelegenheiten**

**Montag, 2. Dezember, 19 Uhr, Sitzungssaal des  
Sozialbürgerhauses Sendling, Meindlstraße 16 (barrierefrei)**

Sitzung des Bezirksausschusses 6 (Sendling).

# Meldungen

## **Bei Wohnungsleerstand: OB besteht auf kurzfristiger Belegung**

(25.11.2013) In einer Münchner Tageszeitung werden heute – unter Bezug auf ein Ergebnisprotokoll der Referentenrunde vom 11.03.2013 – unzutreffende Sachdarstellungen vorgenommen:

1. So heißt es in einer Bildunterschrift: „OB Ude geht gegen leere Wohnungen vor – allerdings nicht mit neuen Mietern.“ Dies ist nachweislich des Protokolls falsch. Richtig ist das Gegenteil. So heißt es im Protokoll wörtlich: „Leerstehende Wohnungen ohne die absehbare Perspektive einer Veränderung: In diesen Fällen sollen – gegebenenfalls nach einer provisorischen Herrichtung – kurzfristige Belegungen durch das Sozialreferat erfolgen, das die Wohnungen dann ohne rechtskräftige Mietverhältnisse Dritten überlässt.“ Damit sollte sichergestellt werden, dass kein längerfristiger Leerstand mehr geschieht, sondern die ersten geräumten Wohnungen eines Abbruch- oder Generalsanierungshauses bis zum Beginn der Baumaßnahmen eine soziale Zwischennutzung erfahren. Genau dies war die Forderung protestierender Gruppen, die an der unvertretbar langen Dauer mancher Leerstände in Abbruch- und Generalsanierungshäusern Anstoß nahmen.
2. Eine freie Erfindung ist die Behauptung, an komplett leerstehenden Häusern sollten unzutreffende Klingelschilder angebracht werden, damit niemand den Leerstand bemerkt. Im Gegenteil ging es darum, dass bei einigen teilweise geräumten und teilweise noch vermieteten Häusern durch heruntergekommene Klingelschilder der Eindruck entstand, die Häuser stünden komplett leer. Dieser „provozierende Anschein“ sollte durch korrekte „Beschilderung von Türen, Briefkästen und Klingeln“ vermieden werden.
3. Richtig ist, dass völlig leerstehende Häuser, in denen aufgrund einer in Kürze anstehenden Sanierung eine Zwischennutzung nicht mehr möglich ist, einbruchssicher verriegelt werden sollen, damit nicht Hausbesetzungen die Baumaßnahmen weiter verzögern und die Schaffung öffentlich geförderten Wohnraums auf die lange Bank schieben. Diese Vorsichtsmaßnahme ist schon wegen der Verkehrssicherungspflichten des Eigentümers selbstverständlich.

## **Am Mittwoch: Stadtrats-Vollversammlung live im Internet**

(25.11.2013) Unter der Adresse [www.muenchen.de/stadtrat-live](http://www.muenchen.de/stadtrat-live) können Interessierte am kommenden Mittwoch, 27. November, wieder die Vollversammlung des Münchner Stadtrats live im Internet mitverfolgen. Die Sit-

zung beginnt um 9 Uhr mit einem kurzen nicht-öffentlichen Teil, an den sich die öffentliche Sitzung unmittelbar anschließt.

Am kommenden Mittwoch stehen unter anderem das Städtische Klinikum, das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum sowie zahlreiche weitere Punkte auf der Tagesordnung. Zu Beginn der Vollversammlung überreicht Oberbürgermeister Christian Ude die vom Bayerischen Innenministerium verliehene Medaille für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung an Dr. Ingrid Anker (SPD) und Dr. Reinhold Babor (CSU). Um den Stadtratsmitgliedern die Teilnahme am Requiem für den verstorbenen Dr. h.c. Ferdinand Schmid, den ehemaligen Direktor der Augustinerbrauerei und Vorsitzenden der Edith-Haberland-Wagner-Stiftung, zu ermöglichen, wird die Sitzung von 10.45 bis 13 Uhr unterbrochen.

Da vieles bereits vorab in Stadtrats-Ausschüssen vorberaten worden ist, werden in der Regel nicht alle Punkte in der Vollversammlung nochmals ausführlich behandelt. Ein Link zum städtischen Rats-Informationssystem ([www.ris-muenchen.de](http://www.ris-muenchen.de)) bietet weiterführende Informationen zur Tagesordnung und den in der Sitzung behandelten Vorlagen.

Der Mitschnitt der letzten Vollversammlung vom 23. Oktober kann ebenfalls noch unter [www.muenchen.de/stadtrat-live](http://www.muenchen.de/stadtrat-live) abgerufen werden.

### **Ausstellung „Hermann Landshoff“ im Stadtmuseum**

(25.11.2013) Von 29. November bis 21. April ist im Münchner Stadtmuseum die Ausstellung „Hermann Landshoff – eine Retrospektive. Photographien 1930 – 1970“ zu sehen. Die Retrospektive von Hermann Landshoff stellt erstmals das Werk des aus München stammenden Mode- und Porträtfotografen aus. Aufgrund seiner jüdischen Abstammung zur Emigration gezwungen, lebte Landshoff von 1933 bis 1939 in Paris, um anschließend nach New York überzusiedeln, wo er ab 1941 äußerst erfolgreich für die Illustrierten „Harper’s Bazaar“ und „Mademoiselle“ arbeitete. Neben seinen Modeaufnahmen, die eine Generation von Fotografen wie Richard Avedon maßgeblich beeinflusst haben, wird in der Ausstellung erstmals der einzigartige Porträtzyklus der bedeutendsten Fotografen des 20. Jahrhunderts zu sehen sein, den Landshoff zwischen 1945 und 1955 geschaffen hat. Andere Bildnisse zeigen Albert Einstein, Karl Valentin, Eva Hesse und den Kreis der Surrealisten von Max Ernst bis Marcel Duchamp in New York.

Die Ausstellung ist Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro (ab 1. Januar 7 Euro, ermäßigt 3,50 Euro).

### **Niederländischer Filmabend in der Stadtbibliothek Am Gasteig**

(25.11.2013) Die Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig zeigt in Zusammenarbeit mit dem Niederländischen Generalkonsulat im Rahmen der Niederländischen Filmreihe am Mittwoch, 27. November, um 19 Uhr im Vortragsaal der Bibliothek den Film „Boven is het still – Oben ist es still“ in niederländischer Sprache mit deutschen Untertiteln. Der Eintritt ist frei.

Helmer van Wonderen, Bauer wider Willen, macht klar Schiff. Er verfrachtet seinen bettlägerigen Vater ins Obergeschoss und entrümpelt Wohn- und Elternschlafzimmer. Seine ungelebten Träume kann er jedoch nicht so leicht entsorgen wie die Wohnungseinrichtung. Als er eines Tages unerwartet Post erhält, brechen sich Erinnerungen Bahn.

Das Programm des Filmabends und weiterer Veranstaltungen der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig, Rosenheimer Straße 5, ist auch im Internet abrufbar unter [www.muenchner-stadtbibliothek.de/stadtbibliothek/stadtbib-veranstaltungen.html](http://www.muenchner-stadtbibliothek.de/stadtbibliothek/stadtbib-veranstaltungen.html) abrufbar. Weitere Informationen unter Telefon 48 0 98-33 16.

### **Kinder-Weihnachtsprogramm in der Stadtteilbibliothek Maxvorstadt**

(25.11.2013) Wie in jedem Jahr bietet die Stadtteilbibliothek Maxvorstadt, Augustenstraße 92, wieder ein buntes, kostenloses Weihnachtsprogramm für Kinder an. Am Mittwoch, 27. November, spielt das Puppentheater Kunterbunt von 10.30 bis 11.30 Uhr das Stück „Morgen Findus wird's was geben“ von Sven Nordqvist. Die Bilderbücher des schwedischen Kinderbuchautors und -illustrators sind weithin bekannt und beliebt. Alle Kindergartengruppen im Stadtteil sind eingeladen zu kommen.

Am Mittwoch, 4. Dezember, liest die Münchner Kinder- und Jugendbuchautorin Henriette Wich von 8.30 bis 9.30 Uhr aus ihrem Buch „Die drei !!! – Tatort Weihnachtsmarkt“. In der interaktiven Weihnachts-Krimi-Lesung wird ein spannender Fall gelöst, bei dem alle Kinder tatkräftig mit nach dem Verbrecher auf dem Weihnachtsmarkt suchen. Alle Grundschulen im Stadtteil sind eingeladen.



# Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 25. November 2013

## **Gebührenfreies Parken für E-Fahrzeuge in Parklizenzengebieten**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar,  
Gabriele Neff und Christa Stock (FDP) vom 11.6.2013



### **Gebührenfreies Parken für E-Fahrzeuge in Parklizenzengebieten**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP) vom 11.6.2013

### **Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:**

Mit Ihrem Antrag vom 11.06.2013 baten Sie um Überprüfung der Möglichkeit des gebührenfreien Parkens für E-Fahrzeuge in allen Parklizenzengebieten in München. Diese Regelung soll auch für E-Fahrzeuge von gewerblichen CarSharing-Anbietern gelten.

Zur Begründung Ihres Antrages trugen Sie vor:

*„Der positive Beitrag von Elektrofahrzeugen für die Minderung der Schadstoffbelastung gerade in Innenstädten ist unbestritten. Die Attraktivität von E-Fahrzeugen wird aber durch die hohen Kaufpreise stark gemindert. Das Ziel – bis zum Jahre 2020 eine Million E-Fahrzeuge in Deutschland – ist stark gefährdet. Es ist daher unerlässlich, E-Fahrzeuge beim Parken zu bevorzugen. In den weit ausgedehnten Parklizenzenbereichen der Stadt München bietet es sich deshalb an, E-Fahrzeuge kostenlos parken zu lassen. Da nun auch Car-Sharing-Unternehmen überlegen, E-Fahrzeuge einzusetzen, ist es sinnvoll, diese gleich zu behandeln.“*

Im FDP-Presseservice führte Herr Dr. Michael Mattar, Vorsitzender der FDP-Stadtratsfraktion, ergänzend aus:

*„Völlig unverständlich ist es, dass die Stadt bei ihren Vorschlägen zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans eine Unterstützung der Elektromobilität ausschließt.“*

Im Rahmen der Beantwortung Ihres Antrags habe ich das Bayerische Staatsministerium des Innern sowie die städtischen Referate für Stadtplanung und Bauordnung, Gesundheit und Umwelt sowie für Arbeit und Wirtschaft um Stellungnahme gebeten.

Da der gegenständliche Antrag ein laufendes Geschäft der Verwaltung betrifft, erfolgt dessen Behandlung durch dieses Schreiben (vgl. § 60 Abs. 9 GeschO).

Im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters teile ich Ihnen nunmehr abschließend Folgendes mit:



Gemäß § 45 Abs. 1 b Satz 1 Nr. 2 a Straßenverkehrsordnung (StVO) i.V.m. § 6 Abs. 1 Nr. 14 Straßenverkehrsgesetz (StVG) treffen die Straßenverkehrsbehörden die notwendigen Anordnungen im Zusammenhang mit der Kennzeichnung von Parkmöglichkeiten für Bewohner städtischer Quartiere mit erheblichem Parkraumangel durch vollständige oder zeitlich beschränkte Reservierung des Parkraums für die Berechtigten oder durch Anordnung der Freistellung von angeordneten Parkraumbewirtschaftungsmaßnahmen.

Die Vorschrift des § 45 Abs. 1 b Satz 1 Nr. 2 a StVO enthält zum einen die Ermächtigung zur Einrichtung von Bewohnerparkzonen bzw. von Bewohnerparkvorrechten und ist zum anderen Rechtsgrundlage für die in diesem Zusammenhang erfolgende Erteilung von Bewohnerparkausweisen. Die Landeshauptstadt München hat von dieser Ermächtigungsgrundlage Gebrauch gemacht und Parklizenzgebiete ausgewiesen. Auf Antrag werden Parkausweise an Bewohner ausgegeben. Einen Anspruch auf Erteilung hat, wer in dem Bereich meldebehördlich registriert ist und dort tatsächlich wohnt. Der ausgegebene Parkausweis berechtigt – unabhängig von der Antriebsart des Kraftfahrzeugs – zum kostenlosen Parken innerhalb des entsprechenden Parklizenzgebietes.

Der § 6 StVG gibt der Straßenverkehrsbehörde jedoch keinerlei Ermächtigungsgrundlage zur Schaffung von privilegierten Parkmöglichkeiten für Besitzer von Elektrofahrzeugen. Gleiches gilt für die StVO, die über den Regelungsgehalt des StVG nicht hinausgehen darf. Das Innenministerium in der Funktion als oberste Straßenverkehrsbehörde hat dementsprechend im Rahmen eines innenministeriellen Schreibens vom 10.06.2011, Az.: IC4-3612.12-105-Fe, mitgeteilt, dass es „nach Auffassung der Konferenz der Verkehrsminister (VMK) für eine generelle (Park-)Privilegierung derzeit an einer ausreichenden Rechtsgrundlage im Straßenverkehrsgesetz“ fehle.

Gemäß § 46 Abs. 1 StVO kann die Straßenverkehrsbehörde ferner in bestimmten Einzelfällen Ausnahmen genehmigen. Dabei muss sie bei der Ausübung ihres Ermessens den mit dem Verbot verfolgten öffentlichen Interessen die besonderen Belange der vom Verbot Betroffenen unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes gegenüberstellen. Dabei wird das Ermessen im Sinne einer bundeseinheitlichen gleichmäßigen, am Gesetzeszweck orientierten Anwendung durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur StVO „zentralgebunden“, die eine besondere Dringlichkeit des Ausnahmefalls unter Anwendung eines strengen Maßstabs voraussetzt. Da die Landeshauptstadt München beim Vollzug der StVO im

übertragenen Wirkungskreis handelt und sie deshalb hinsichtlich ihrer Ermessensausübung an die Weisungen übergeordneter Behörden gebunden ist, hat sie bei der Entscheidung über straßenverkehrsrechtliche Ausnahmegenehmigungen des Weiteren die zu § 46 Abs. 1 Satz 1 StVO ergangenen Anwendungshinweise des Bayerischen Staatsministeriums des Innern zu beachten. Diese Verwaltungsvorschriften sehen für besondere Personengruppen (z.B. Ärzte, behinderte Menschen, Handwerker, im sozialen Dienst Tätige etc.) unter Einhaltung von bestimmten Voraussetzungen Parkerleichterungen vor.

Die Erteilung eines Parkausweises für E-Fahrzeuge ist allerdings in den genannten Anwendungshinweisen des Bayerischen Staatsministeriums des Innern zum Vollzug der StVO nicht vorgesehen.

Ihr Antrag gab jedoch Anlass, das Bayerische Staatsministerium des Innern mit Schreiben vom 03.07.2013 erneut um Stellungnahme zur aufgeworfenen Rechtsfrage zu bitten. Im Rahmen der Anfrage wurde auch auf den Beschluss des Bund-Länder-Fachausschusses (BLFA-StVO/OWi) vom 18./19.01.2012 in Bonn Bezug genommen, wonach die Behördenvertreter der Länder und des Bundes an der Rechtsauffassung festhalten, dass die derzeit geltende Rechtslage eine Privilegierung von Elektrofahrzeugen hinsichtlich der Erhebung von Parkgebühren nicht zulässt. Mit Schreiben vom 19.07.2013 teilte uns das Ministerium wörtlich mit, dass „die im Beschluss des BLFA-StVO/OWi vom 18. bis 19.01.2012 wiedergegebene Rechtslage zur Möglichkeit der Privilegierung von Elektrofahrzeugen bei der Erhebung von Parkgebühren weiterhin unverändert Bestand“ habe „und eine Privilegierung im Hinblick auf die zu beachtenden Vorgaben nach dem Äquivalenzprinzip und dem Gleichbehandlungsgrundsatz derzeit nicht möglich“ sei.

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass die derzeitige Rechtslage eine Privilegierung von Elektrofahrzeugen hinsichtlich der Erhebung von Parkgebühren nicht zulässt.

Im Gesamtzusammenhang möchten wir jedoch zusätzlich darauf hinweisen, dass am 19.08.2009 der Nationale Entwicklungsplan Elektromobilität von der Bundesregierung beschlossen wurde. Ziel des Plans ist es, die Forschung und Entwicklung, die Marktvorbereitung und die Markteinführung von batterieelektrisch betriebenen Fahrzeugen in Deutschland voranzubringen. Zur Umsetzung dieses sehr ehrgeizigen Vorhabens schuf das Bundesverkehrsministerium den Förderschwerpunkt „Modellregionen

Elektromobilität“ und stellte hierfür insgesamt 130 Millionen Euro zur Verfügung. Die Landeshauptstadt München wurde vom Bundesverkehrsministerium zu einer von acht Modellregionen für Elektromobilität erklärt.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt hat in der Vollversammlung am 24.07.2013 den Grundsatzbeschluss zum Thema „Nachhaltiges Kommunales Elektromobilitätskonzept“ vorgestellt. Daraufhin hat sich der Stadtrat grundsätzlich dafür ausgesprochen, auf Grundlage der Ziele der Perspektive München, des Luftreinhalte- und des Lärmaktionsplans sowie des Integrierten Handlungsprogramms Klimaschutz eine Förderung der Elektromobilität zu befürworten. Im Speziellen wurden elf Handlungsfelder definiert, die u.a. die Sparten Pkw-Verkehr, Pendlerverkehr und CarSharing betreffen. Jedes dieser Felder wird unter Federführung des Umweltreferates in Abstimmung mit den betroffenen städtischen Referaten und den Stadtwerken im Hinblick auf eine mögliche Förderung der Elektromobilität untersucht. Ziel ist es, geeignete Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität zu entwickeln und dem Stadtrat im Frühjahr 2014 als Integriertes Handlungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität in München zur Entscheidung vorzulegen. Der o.g. Grundsatzbeschluss kann im städtischen RatsInformationssystem (RIS) unter der Vorlagen-Nr.: 08-14/V 12355 eingesehen werden.

Parallel zur Abstimmung mit dem Innenministerium und unabhängig von dessen oben geschilderter Rechtsauffassung haben wir Ihren Antrag zum Anlass genommen, um weitere städtische Referate zu befragen. Die Rückmeldungen lassen sich im Wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft schlägt vor, zur Förderung der Markteinführung von E-Fahrzeugen das geforderte Parkprivileg im Rahmen der Durchführung eines – zunächst auf vier Jahre begrenzten – Pilotprojektes auf sog. Mischparkplätzen zuzulassen.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt spricht sich ebenfalls grundsätzlich für eine Privilegierung der Elektrofahrzeuge aus. Die Parkgebührenbefreiung solle jedoch nur für Anwohner gelten und nicht für Besucher. Planungen zur Förderung der Elektromobilität seien bereits im Stadtratsbeschluss zur 5. Fortschreibung des Luftreinhalteplans vom 26.06.2013 (Vorlagen-Nr.: 08-14/V 12061) enthalten. Auch nach dem Grundsatzbeschluss zur Elektromobilität vom 24.07.2013 (Vorlagen-Nr.: 08-14/V 12355) sei vorgesehen, die Planungen zur Elektromobilität in den Luftreinhalteplan zu integrieren.

Ebenso sieht das Referat für Stadtplanung und Bauordnung eine Parkgebührenbefreiung als sinnvoll an. Von der Bevorrechtigung sollten jedoch ebenfalls nur Anwohner sowie der örtliche Wirtschaftsverkehr profitieren. Aus Sicht der Verkehrsplanung wird insbesondere auf die Ziele des Parkraummanagements hingewiesen, wonach die Optimierung der Nutzung des „knappen Guts“ Parkraum mit einer klaren Priorisierung der Bewohner sowie der lokalen Gewerbetreibenden im Vordergrund steht. Die Grundproblematik im ruhenden Verkehr, die eine Ordnung mittels Parkraumbewirtschaftung erfordert, sei in erster Linie ein Platzproblem. Durch eine generelle Befreiung von Elektrofahrzeugen von der Gebührenpflicht bestünde die Gefahr, dass Fahrten im motorisierten Individualverkehr induziert werden, die an sich auf die Verkehrsmittel des Umweltverbands verlagert werden sollen. Die Ziele des Parkraummanagements würden somit konterkariert werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die derzeitige Rechtslage das gebührenfreie Parken von E-Fahrzeugen in Parklizenzengebieten nicht erlaubt. Auf Grund der Stellungnahmen der städtischen Referate ist jedoch davon auszugehen, dass die vorstehende Fragestellung durch das Referat für Gesundheit und Umwelt im Zusammenhang mit der für das Frühjahr 2014 angekündigten Beschlussfassung „Integriertes Handlungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität in München“ im Rahmen von Konzepten oder Pilotprojekten nochmals aufgegriffen und erörtert wird.

Auf Grund der vorstehenden Ausführungen gehe ich davon aus, dass Ihr Anliegen aus gegenwärtiger Sicht damit als erledigt gelten darf.

# Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

---

## Inhaltsverzeichnis

Montag, 25. November 2013

### **Gewohnheitsmäßiger Leerstand von städtischen Wohnungen**

Anfrage Stadträte Hans Podiuk und Josef Schmid (CSU)

### **War Heinrich der Löwe Münchens erster Grüner?**

Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Josef Schmid (CSU)

### **Wohnortnahe psychosomatische und psychiatrische Versorgungssituation in München**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Eva Caim, Marian Offman und Dr. Manuela Olhausen (CSU)

### **Transportmöglichkeiten für mobilitätseingeschränkte Bürgerinnen und Bürger, von Haustür zu Haustür, bereitstellen**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Eva Caim und Dr. Reinhold Babor (CSU)

Herrn  
Oberbürgermeister  
Christian Ude  
Rathaus  
80331 München

Stadtrat Josef Schmid  
Stadtrat Hans Podiuk

**ANFRAGE**  
25.11.13

### **Gewohnheitsmäßiger Leerstand von städtischen Wohnungen**

In der heutigen Ausgabe der tz wird über einen Notfallplan des Oberbürgermeisters gegen autonome Hausbesetzer berichtet. Demnach sollen leerstehende städtische Wohnungen durch bauliche Maßnahmen so gesichert werden, dass das Betreten verhindert wird.

Wir fragen deshalb:

1. Soll durch diese Maßnahmen das Leerstehen städtischer Wohnungen „professionalisiert“ werden?
2. Wäre es nicht sinnvoller, diese städtischen Immobilien möglichst rasch einer Wiedervermietung oder einer Zwischenlösung zuzuführen, als Sicherungsvorkehrungen für längerfristigen Leerstand vorzunehmen?
3. Warum wird angesichts des – von allen politisch Verantwortlichen beklagten – Wohnungsmangels in München der gewohnheitsmäßige Leerstand städtischer Wohnungen nicht umgehend beendet?

gez.  
Josef Schmid, Stadtrat  
Fraktionsvorsitzender

gez.  
Hans Podiuk, Stadtrat  
stv. Fraktionsvorsitzender

Herrn  
Oberbürgermeister  
Christian Ude  
Rathaus  
80331 München

Stadtrat Josef Schmid  
Stadtrat Dr. Georg Kronawitter

**ANFRAGE**

25.11.13

**War Heinrich der Löwe Münchens erster GRÜNER ?**

Den innerstädtischen Raum hinsichtlich seiner Aufenthaltsqualität aufzuwerten, ist seit langem gängige Politik des Münchner Stadtrats. Man erinnere sich nur an die Verbannung des Verkehrs aus dem Straßenzug Kaufinger/Neuhauser Straße und Bau der S-Bahn-Stammstrecke.

Dass nun GRÜNEN-Stadträte die Aufwertung des öffentlichen Raums auf der Ludwigsbrücke ins Visier /1/ nehmen, ist legitim und bedarf einer unvoreingenommenen Behandlung.

Allerdings verwundert in der Antragsbegründung der Rekurs auf die historische Bedeutung der Ludwigsbrücke.

Wenn nicht alles täuscht, war der historische Zweck der Ludwigsbrücke, mittelalterlichen Schwerlastverkehr (Salzfuhrwerke) in die aufstrebende Ansiedlung „bei den Mönchen“ (*forum apud munichen* /2/) hereinzuleiten – die Aufenthaltsqualität scheint bei Heinrich dem Löwen seinerzeit eher weniger im Vordergrund gestanden zu haben. Das Abfackeln der älteren Konkurrenz-Brücke in Oberföhring war wohl auch keine vertrauensbildende Maßnahme gegenüber den kommunalen Nachbarn.

Vor diesem Hintergrund stellen wir folgende Fragen (die evtl. auch bei der Behandlung von /1/ beantwortet werden können):

- 1) Trifft es zu, dass der historische Aufstieg Münchens mit der aktiven Umleitung mittelalterlichen Ost-West-Schwerlastverkehrs in die Siedlung verbunden war, wo sich an der Schnittstelle mit der Nord-Süd-Handelsstraße von Tirol nach Ingolstadt das Handelszentrum ausbildete?
- 2) Gibt es eine historisch belastbare Begründung für die Schaffung eines Platzes auf der Ludwigsbrücke?
- 3) Ist es nicht vielmehr gerade die Funktion der Verkehrsverbindung, die eine so zentrale Münchner Brücke historisch auszeichnet?

Josef Schmid, Stadtrat  
Fraktionsvorsitzender

Dr. Georg Kronawitter  
Stadtrat

**Quelle**

/1/ StR-Antrags-Nummer 08-14 / A 04769: Würdige Platzgestaltung für die Ludwigsbrücke

/2/ [http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte\\_M%C3%BCnchens](http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_M%C3%BCnchens)

Herrn  
Oberbürgermeister  
Christian Ude  
Rathaus  
80331 München

Stadträtin Eva Caim  
Stadtrat Marian Offman  
Stadträtin  
Dr. Manuela Olhausen  
**ANTRAG**  
25.11.13

### **Wohnortnahe psychosomatische und psychiatrische Versorgungssituation in München**

Das Referat für Gesundheit und Umwelt berichtet zum Sachstand über den regionalen Bedarf an Versorgungseinrichtungen in den Fachgebieten Psychosomatik und Psychiatrie insbesondere auch unter Beachtung von dementiellen Erkrankungen.

#### **Begründung:**

Über Jahrzehnte wurden psychisch kranke Bürgerinnen und Bürger im Bezirkskrankenhaus Haar, jetzt Isar-Amper-Klinikum gGmbH, behandelt.

Die Isar-Amper-Klinik gGmbH hat die Zuständigkeit für die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung von über 2 Mio. Menschen in München, Dachau, Fürstenfeldbruck, Freising und Erding.

Im Rahmen der politisch gewollten Dezentralisierung ist nun Anfang Oktober die "Regionalklinik Nord" auf dem Gelände des Krankenhauses Schwabing eröffnet und in Betrieb genommen worden.

Dem gesundheitspolitischen Ziel, die Bevölkerung wohnortnah, in Anbindung an ein somatisches Krankenhaus zu versorgen ist damit ein qualitativer Fortschritt im Fachgebiet Psychiatrie gelungen.

Naheliegender könnte es sein, nun auf dem Gelände des Krankenhauses Harlaching (Städtische Klinikum München GmbH) ein Bettenhaus o.ä. für die Psychiatrie im Münchner Süden zu schaffen.

Die Nahtstellen zwischen den Fachabteilungen Somatik und Psychiatrie werden immer enger.

Angesichts der demografischen Entwicklung ist ein dringender Handlungsbedarf gegeben. Die zunehmende Zahl alter Menschen, die in den nächsten Jahren zu erwarten ist (ca. sieben Millionen) muss das Behandlungs-/Betreuungsangebot stationär, teilstationär, ambulant und in der eigenen Häuslichkeit regional zeitnah entwickeln.

Dem Gesellschafter soll zu dem aktuellen Sachstand und zu den zukünftigen Planungen zur Dezentralisierung der Psychiatrie und zu den wohnortnahen Versorgungsmöglichkeiten berichtet.

Eva Caim, Stadträtin

Marian Offman, Stadtrat

Dr. Manuela Olhausen, Stadträtin



Herrn  
Oberbürgermeister  
Christian Ude  
Rathaus  
80331 München

Stadträtin  
Eva Caim  
Stadtrat  
Dr. Reinhold Babor

**ANTRAG**  
25.11.13

**Transportmöglichkeiten für mobilitätseingeschränkte Bürgerinnen und Bürger,  
von Haustür zu Haustür, bereitstellen.**

Die Rahmenbedingungen für die Arbeitserledigung des Münchner Taxigewerbes, an sieben Tagen rund um die Uhr, werden dargestellt. Insbesondere ist die Entwicklung des Gewerbes in den letzten drei Jahren (Standorte, Platzzahl, Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten, Stadtteile usw.) von Bedeutung.

Die Landeshauptstadt München unterstützt erlebbar das Münchner Taxigewerbe bei ihrem Auftrag, die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger im Krankheitsfall und/oder bei Behinderung zu sichern.

**Begründung:**

Die stationären und ambulanten Versorgungsmöglichkeiten bei Krankheit und/oder Behinderung haben sich, politisch gewollt, in den letzten Jahren grundsätzlich verändert. Behandlungen von chronischen Erkrankungen z.B. monatlich 6000 Dialysen, Rheuma- oder Krebserkrankungen usw. werden in nicht unerheblicher Größe fachärztlich und therapeutisch im ambulanten Bereich versorgt.

Eine große Zahl älterer Bürgerinnen und Bürger sind aufgrund ihrer altersbedingten Einschränkungen auf Fahrdienste angewiesen, denn die private Organisation lässt sich häufig nicht realisieren.

Rot/Grün setzen in ihrer Verkehrspolitik auf Erschwernisse für PKW-Fahrer und reduziert Parkplätze nicht nur in der Innenstadt sondern auch in den Stadtteilen.

Eva Caim, Stadträtin

Dr. Reinhold Babor, Stadtrat

# Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

---

## Inhaltsverzeichnis

Montag, 25. November 2013

**Mieten, Wohnen und mehr**  
Pressemitteilung GEWOFAG



## Pressemitteilung

### Mieten, Wohnen und mehr

**GEWOFAG und HEIMAG heißen ihre neuen Mieter willkommen/ Info-Veranstaltung am 21. November 2013 mit Tipps zum gesunden Wohnen und Energiesparen**

**München, 25. November 2013. Mehr Service, mehr Beratung von Anfang an – die GEWOFAG hat am Donnerstag, 21. November 2013, erstmalig zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Rund 100 Mieterinnen und Mieter kamen in die Hauptverwaltung nach Ramersdorf. Dort gab es Informationen zu Ansprechpartnern bei Münchens größter Vermieterin und nützliche Tipps rund ums Wohnen. Auch ein Gewinnspiel durfte nicht fehlen. Der erste Preis: einen Monat mietfrei wohnen.**

Christian Kiefer, Bereichsleiter Bestand bei der GEWOFAG, hieß alle Mieterinnen und Mieter, die in diesem Jahr in eine neue Wohnung eingezogen sind, herzlich willkommen: „Wir möchten, dass Sie sich bei uns wohlfühlen und möglichst lange bei uns wohnen.“

Mitarbeitende der GEWOFAG und der HEIMAG standen den Mietern Rede und Antwort. Auf einem Marktplatz rund ums Wohnen konnten sich die Gäste bei den Partnern der GEWOFAG und der HEIMAG informieren: Bei den Stadtwerken (SWM) über die kostenlose Energieberatung und beim Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) zu Mobilität und dem neuen Faltfahrrad von ADFC und MVV. Der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) informierte über Mülltrennung. Der Verein Umwelt und Gesundheit e.V. und das Referat für Umwelt und Gesundheit der Stadt München (RGU) gaben Tipps zur Schimmelvermeidung, zu gesundem Kinderspielzeug und zum ökologischen Putzen. Nicht fehlen durfte auch das Wohnforum, eine Tochterfirma der GEWOFAG für soziale Dienstleistungen. Zu diesen zählen zum Beispiel Angebote für Kinder und ältere Menschen sowie die Schlichtung bei Konflikten.

Unter allen Teilnehmenden der Infoveranstaltung verlosen GEWOFAG und HEIMAG einen Monat mietfreies Wohnen. Als zweiten Preis stifteten die Unternehmen einen halben Monat mietfreies Wohnen. Der dritte Preis ist ein MVV-Überraschungsrucksack.

Auch im kommenden Jahr wird die GEWOFAG für die neuen Mieterinnen und Mieter wieder eine Informationsveranstaltung anbieten.

## **GEWOFAG**

Die GEWOFAG ist mit rund 35.000 Wohnungen Münchens größte Vermieterin. Sie stellt seit 85 Jahren den Münchner Bürgerinnen und Bürgern Wohnraum zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung und bietet damit Alternativen im angespannten Münchner Wohnungsmarkt. Neben Neubau und Vermietung ist die Sanierung und Instandsetzung des Wohnungsbestands die wichtigste Aufgabe der GEWOFAG. Der GEWOFAG-Konzern mit dem Tochterunternehmen Heimag München GmbH beschäftigt in München rund 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

## **Pressekontakt**

Sabine Sommer  
Konzernsprecherin  
GEWOFAG Holding GmbH  
Kirchseeoner Straße 3  
81669 München  
Tel: 089 4123-372  
E-Mail: [sabine.sommer@gewofag.de](mailto:sabine.sommer@gewofag.de)  
[www.gewofag.de](http://www.gewofag.de)